

von sich behaupten: der Vatikan, der bei den UN auf eigenen Wunsch lediglich einen Beobachterstatus genießt.

Die Fahne des Landes, in dem Rebiya Kadeer gerne leben würde, ist himmelblau. Darauf sind ein Stern und ein Halbmond abgebildet, ähnlich wie auf der Flagge der Türkei. Doch anders als diese weht die himmelblaue Fahne Ostturkestans vor keiner der vier UN-Zentralen und auch nicht in Kadeers Heimat selbst. Dabei reicht die Geschichte von Ostturkestan 4000 Jahre zurück. 1759 besetzten Truppen der Mandschu-Dynastie erstmals das uigurische Reich, danach gelang es den Uiguren immer nur für kurze Zeit, sich selbst zu regieren. Zuletzt wurde 1944 die Republik Ostturkestan ausgerufen. Fünf Jahre später marschierte die chinesische Volksarmee ein. Völkerrechtlich gehört

Ostturkestan seitdem zu China, und die Uigurin Kadeer hat einen chinesischen Pass. Dass Kadeer dennoch für ihren Staat Ostturkestan eintritt, macht sie für ihre Anhänger zur Freiheitskämpferin – und für die chinesische Regierung zur Terroristin. Der Untertitel ihrer Biografie lautet in der deutschsprachigen Ausgabe: »Chinas Staatsfeindin Nummer 1«. Sechs Jahre hat die Mutter von elf Kindern in Haft verbracht, viele davon in Isolation. Jetzt sitzt Kadeer in einem kleinen Genfer Künstlercafé, das den Namen »Babel« trägt. Sie hat keinen Abstecher zum Völkerbundpalast gemacht, keine Fahnen betrachtet. Von Diplomaten würde sie, Repräsentantin eines nichtexistenten Staates, ohnehin nicht empfangen. Stattdessen sitzt sie im Halbdunkel des Cafés, um das zu tun, was sie seit Jahren tut: zu werben für einen Staat, der bisher nur in

ihrer Fantasie und in der ihrer Anhänger existiert und den die Chinesen Xinjiang-Provinz nennen.

»Früher habe ich geglaubt, ein harmonisches Zusammenleben innerhalb der Volksrepublik China sei möglich«, sagt Kadeer. »Aber dann hat die chinesische Regierung uns immer stärker an den Abgrund manövriert – ihr Ziel ist es inzwischen, die uigurische Identität zu zerstören.« Immer mehr Han-Chinesen seien in Kadeers Heimat umgesiedelt worden, sagt sie. So viele, dass Land und Arbeit knapp geworden sind. »Die reichen Öl- und Gasvorkommen werden direkt von Peking kontrolliert, das Gleiche gilt für das fruchtbare Ackerland.« Die Uiguren, die einst mehrheitlich die an Tibet, Kirgisien, Kasachstan und die Mongolei grenzende Region von mehr als der vierfachen Größe

Deutschlands besiedelten, seien zu Bürgern zweiter Klasse geworden. »Uiguren dürfen nicht einmal in der Öl- und Gasindustrie arbeiten, wo höhere Löhne bezahlt werden als anderswo – von leitenden Funktionen ganz zu schweigen.« Das Überleben ihres Volkes und von dessen Kultur wären aus Kadeers Sicht nur in einem eigenen Staat gesichert. Doch der wird von Tag zu Tag unerreichbarer, weil Chinas Führung konsequent all das unterdrückt, was die uigurische Identität ausmacht. Ihren muslimischen Glauben etwa dürfen die Uiguren nicht mehr öffentlich ausleben. Lange Bärte oder Kopftücher sind untersagt, das Fasten im Ramadan ebenso. Wer dagegen protestiert, wird brutal verfolgt.

Die chinesische Staatsführung hat ihre ganz eigene Version dessen, was in Xinjiang – oder Ostturkestan – passiert. Dabei bestreitet sie

nicht einmal, dass sie gegen die einstige Bevölkerungsmehrheit hart durchgreift. »Die Chinesen sprechen von einem Krieg gegen den Terror«, erklärt Kadeer. Uigurische Separatisten sind für Peking islamistische Terroristen. »Die Unterdrückung der Uiguren hat aber mit Religion gar nichts zu tun, es geht um Macht und Geld«, behauptet Kadeer. »Die chinesische Staatsführung gehört nur zu denen, die den ›Kampf gegen den Terror‹ nutzen, um den Widerstand der Uiguren unter einem gefälligen Deckmantel zu brechen.« Im März 2015 wurde ein Gesetz beschlossen, das jede Art religiöser Betätigung in Xinjiang unter Generalverdacht stellt. Wer auch nur Räume vermietet, damit sich darin Gläubige zum Gebet treffen können, muss lange Gefängnisstrafen wegen der Unterstützung des Terrorismus befürchten. Wenige Monate nach